

Proteste in Jerusalem: Der Mob „der Gesichter zerschlägt“ hat von Israels Establishment gelernt

Jonathan Cook, Middle East Eye, 04.05.21

Ein Viertel der israelischen Juden halten ihre Herrschaft über die Palästinenser für „Apartheid“. Fragt sich, ob sie das für eine schlechte Sache halten.

Im israelischen Parlament und auf den Straßen Jerusalems regen sich die Kräfte des unverhohlenen jüdischen Suprematismus, da ein wachsender Teil der israelischen Jugend des zweigesichtigen jüdischen Nationalismus überdrüssig ist, der Israel schon seit Jahrzehnten beherrscht.

Die Palästinenser mit Gewalt zu beseitigen ist bis heute der Kern des Projekts der jüdischen Staatenbildung. Der rationale Boden für die Banden, die Palästinenser im besetzten Ost-Jerusalem verprügeln, sind die Aktivitäten, die der israelische Staat auf einer vielmehr bürokratischen Ebene betreibt: durch seine Sicherheitskräfte, Besatzungsverwalter und Gerichte.

Letzte Woche richtete Bezalel Smotrich, der Fraktionschef der rechtsextremen Partei *Religious Zionism*, ein unverzichtbarer Partner, falls der amtierende Premierminister Benjamin Netanjahu überhaupt Hoffnung auf die Bildung einer neuen Regierung hat, eine kaum verhohlene Drohung an Israels große palästinensische Minderheit.

Vertreibung, so behauptete er, drohe diesen 1,8 Millionen Palästinenser, einem Fünftel der israelischen Bevölkerung, die eine sehr eingeschränkte Staatsbürgerschaft genießen. „Araber sind Bürger Israels - zumindest im Moment“, sagte er seiner Partei.

„Und sie haben ihre Vertreter in der Knesset [israelisches Parlament] - zumindest im Moment.“ Und oben drein betitelte er die palästinensischen Abgeordneten - die gewählten Vertreter der palästinensischen Minderheit Israels - als „unsere Feinde, die in der Knesset sitzen“.

Smotrichs unverhohlener jüdischer Rassismus ist auf dem Vormarsch, nachdem seine Fraktion im März sechs Mandate im 120-köpfigen Parlament errungen hat. Einer dieser Sitze ist für Itamar Ben Gvir, Chef der neofaschistischen *Jewish Power Partei*. Ben Gvirs Unterstützer sind nun in Hochstimmung. Letzten Monat gingen sie rund um die besetzte Altstadt von Jerusalem auf die Straße, skandierten „Tod den Arabern“ und machten ihre WhatsApp-Versprechen wahr, Palästinenser anzugreifen und „ihnen die Fresse einzuschlagen“.

Tagelang haben diese jüdischen Banden von meist jungen Leuten die gesetzlose Gewalt, die schon seit langer Zeit vor allem auf den Hügeln der besetzten Westbank herrscht, ins Zentrum Jerusalems getragen. Dieses Mal wurden ihre Angriffe nicht in wackeligen, unscharfen *YouTube*-Videos festgehalten. Sie wurden zur Hauptsendezeit im israelischen Fernsehen gezeigt. Auffällig ist auch, dass diese jüdischen Mobs während des Ramadan, dem heiligen muslimischen Fastenmonat, randaliert haben.

Brandanschläge

Die Sichtbarkeit und Vorsätzlichkeit dieser Bandengewalt hat bei vielen Israelis Unbehagen ausgelöst. Wird ihnen doch dabei aus nächster Nähe vor Augen geführt, wie anziehend sich die gewalttätigen, antiarabischen

Lehren des verstorbenen Rabbi Meir Kahane - die ideologische Inspiration hinter *Jewish Power* - für einen beachtlichen Teil der jüdischen Jugend in Israel erweisen.

Eine von ihnen, die einen Aufnäher mit „Kahane hatte Recht“ trug, sprach für ihre Altersgenossen, als sie im israelischen Fernsehen zu den lautstarken Sprechchören „Möge euer Dorf niederbrennen“ befragt wurde - eine Anspielung auf die sogenannten „Preisschild“-Brandanschläge, die von der extremen Rechten gegen palästinensische Gemeinden in den besetzten Gebieten und innerhalb Israels verübt wurden.

Olivenhaine, Moscheen, Autos und Häuser werden regelmäßig von diesen jüdischen Extremisten abgefackelt, die palästinensisches Land als ihr exklusives biblisches Geburtsrecht beanspruchen.

Die Frau antwortete mit Worten, die sie offensichtlich für versöhnlich hielt: „Ich sage nicht, dass [ein palästinensisches Dorf] abbrennen soll, sondern, dass man das Dorf verlassen soll und wir dann drin leben werden“. Das hört sich so an, als ob sie und andere nun ungeduldig den Tag, an dem die Palästinenser*innen „gehen müssen“, herbeiführen wollen.

Der Unterdrückungsapparat

Der Anblick jüdischer Banden, die durch das Zentrum Jerusalems ziehen, um Palästinenser zu verletzen, wurde von einigen progressiven jüdischen Gruppen in den USA als „Pogrom“ bezeichnet. Dabei ist der Unterschied zwischen der extremen Rechten und dem israelischen Staat bei der Umsetzung seiner jeweiligen gewalttätigen Agenden nur ein scheinbarer.

Meinungen wie diese, im Parlament oder auf den Straßen, sind nicht aus dem Nichts aufgetaucht. Sie sind so alt wie der Zionismus selbst, als 1948 die ersten israelischen Staatsführer die ethnische Säuberung der Palästinenser aus dem größten Teil ihrer Heimat beaufsichtigten, in einem Akt der Massenteilnahme, den die Palästinenser ihre *Nakba* (Katastrophe) genannt haben.

Die Palästinenser mit Gewalt zu beseitigen ist bis heute der Kern des Projekts der jüdischen Staatenbildung. Der rationale Boden für die Banden, die Palästinenser im besetzten Ost-Jerusalem verprügeln, sind die Aktivitäten, die der israelische Staat auf einer vielmehr bürokratischen Ebene betreibt: durch seine Sicherheitskräfte, Besatzungsverwalter und Gerichte.

Letzte Woche wurde diese Unterdrückungsmaschinerie in einem 213-seitigen Bericht von *Human Rights Watch* detailliert unter die Lupe genommen. Die führende internationale Menschenrechtsgruppe hat erklärt, dass Israel das Verbrechen der Apartheid begeht, wie es im Internationalen Recht festgelegt ist.

Sie wies darauf hin, dass Israel die drei Voraussetzungen für Apartheid nach dem Römischen Statut erfüllt: die Dominanz einer ethnischen Gruppe über eine andere, die systematische Unterdrückung der marginalisierten Gruppe und unmenschliche Handlungen. Zu diesen Handlungen gehören die gewaltsame Umsiedlung, die Zwangsenteignung von Grundbesitz, die Bildung separater Reservate und Ghettos, die Verweigerung des Rechts, das Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, und die Verweigerung des Rechts auf eine Nationalität.

Es ist nur eine dieser Handlungen nötig, um den Tatbestand der Apartheid zu erfüllen, aber Israel ist, wie *Human Rights Watch* deutlich macht, sämtlicher Handlungen schuldig.

Aus den Betten gezerrt

Was *Human Rights Watch* und andere Menschenrechtsgruppen dokumentiert haben, gilt auch für die Banden, die durch Jerusalem ziehen. Israels offizielle Maßnahmen arbeiten alle auf ein gemeinsames Ziel hin, eines, das diesen Jugendlichen eine klare Botschaft dessen vermittelt, was der Staat, und Israels Staatsideologie des Zionismus, anstrebt.

Smotrich, Ben Gvir und diese Straßenbanden sind der Halbheiten, des Hinauszögerns und des moralischen Getues der israelischen Eliten überdrüssig, durch die die Bemühungen erschwert werden, „den Job zu erledigen“: die einheimische palästinensische Bevölkerung ein für alle Mal von ihrem Land zu vertreiben.

Sie sehen, wie palästinensisches Land in jüdisches „Staatsland“ umgewidmet wird und die ständige Ausweitung von Siedlungen, die gegen das Völkerrecht verstoßen. Sie sehen, wie Palästinensern die Baugenehmigung in ihren eigenen Dörfern verweigert wird. Sie sehen, wie Befehle erteilt werden, palästinensische Häuser oder sogar ganze Gemeinden abzureißen. Und sie sehen, wie palästinensische Familien auseinandergerissen werden, wenn Paaren oder ihren Kindern das Recht, zusammenzuleben, verweigert wird.

Währenddessen schießen israelische Soldaten ungestraft auf Palästinenser und zerren palästinensische Kinder mitten in der Nacht aus dem Bett. Sie sitzen an *Checkpoints* im gesamten besetzten Westjordanland und schränken die Bewegungsfreiheit der Palästinenser ein.

Sie schießen auf Palästinenser, die versuchen, außerhalb der abgeriegelten Ghettos, die Israel ihnen zugewiesen hat, Arbeit zu finden, oder „verhaften“ sie. Und Soldaten stehen Wache oder unterstützen Siedler, wenn sie Amok laufen und Palästinenser in ihren Häusern und Feldern angreifen.

All dies wird von den israelischen Gerichten ausnahmslos als „legal“ genehmigt, ohne nachzuprüfen. Ist es da verwunderlich, dass immer mehr israelische Teenager sich fragen, warum all diese militärischen, juristischen und administrativen Formalitäten eigentlich notwendig sind? Warum nicht einfach Palästinenser verprügeln und „ihnen die Fresse einschlagen“, bis sie die Botschaft kapieren, dass sie gehen müssen?

Aufsässige Einheimische

Der Ort des Geschehens in Jerusalem in den letzten Tagen - in den meisten Medien irreführend als Ort der „Zusammenstöße“ bezeichnet - ist der abgesenkte Platz vor dem Damaskustor, einem wichtigen Zugang zu der von einer Mauer umgebenen Altstadt und den sich dort befindenden muslimischen und christlichen heiligen Stätten.

Das Tor ist wohl der letzte größere öffentliche Raum, den die Palästinenser im Zentrum Jerusalems noch für sich beanspruchen können, nachdem die israelischen Besatzungsbehörden ihre Viertel nach und nach einge-

kreist und belagert haben, sodass sie von der Altstadt abgeschnitten wurden. Während des Ramadan ist das Damaskustor ein beliebter Ort, an dem die Palästinenser sich am Abend nach dem täglichen Fasten versammeln.

Es war die israelische Polizei, die die derzeitige explosive Stimmung in Jerusalem auslöste, indem sie zu Beginn des Ramadan Barrieren am Damaskustor errichtete, um das Gebiet abzuriegeln. Das geschah unter dem Vorwand, eine Überfüllung zu verhindern, aber die Palästinenser verstanden die Absperrungen - angesichts ihrer langen Erfahrung mit der Besetzung - als eine weitere „temporäre“ Maßnahme, die schnell zu einer permanenten wird und den Zugang zur Altstadt mit ihren heiligen Stätten für sie noch weiter erschwert. Andere wichtige Tore zur besetzten Altstadt sind schon gewissermaßen „judaisiert“ worden.

Während israelische Politiker auf der Linken und Rechten ihre hässlichen, rassistischen Aktionen mit dem Deckmantel umfassender „Sicherheitsmaßnahmen“ rechtfertigen, haben die Rechtsextremen die Zustimmung der internationalen Gemeinschaft nicht nötig. Sie drängen auf einen Abschluss der mehr als sieben Jahrzehnte andauernden ethnischen Säuberung.

Die Entscheidung der israelischen Polizei, Absperrungen zu errichten, darf nicht von einem für die Palästinenser größeren Kontext getrennt werden: dem anhaltenden Bestreben seitens der israelischen Behörden, sie aus den Gebieten um die Altstadt zu vertreiben.

In den letzten Wochen sind erneut Wellen von bewaffneten jüdischen Siedlern in Silwan eingezogen, einer palästinensischen Gemeinde in unmittelbarer Nähe der Al-Aqsa-Moschee. Sie haben das getan, weil Israel sich anschickt, dort ein ganzes palästinensisches Viertel zu schleifen, wobei es seine uneingeschränkte Planungshoheit nutzt.

Auf ähnliche Weise haben israelische Gerichte die Vertreibung von Palästinensern aus Sheikh Jarrah genehmigt, einem anderen Viertel unter kriegsähnlicher Besetzung in der Nähe der Altstadt, das einer lang andauernden staatlich unterstützten Kampagne jüdischer Siedler, die es an sich reißen wollen, zum Opfer gefallen ist. Letzten Monat gossen Jerusalemer Behörden noch mehr Öl ins Feuer, indem sie einen Plan genehmigten, ein Denkmal für gefallene israelische Soldaten mitten in der palästinensischen Gemeinde zu errichten.

Die Entscheidung, das Gebiet um das Damaskustor abzuriegeln, rief daher zwangsläufig den Widerstand der Palästinenser auf den Plan, die sich mit der Polizei anlegten, um den Abbau der Barrieren zu erreichen. Die Polizei reagierte mit Tränengas, Schockgranaten und Wasserwerfern.

Solche Szenen von eigensinnigen Einheimischen, die sich weigern, wieder in ihre Häuser zu verschwinden, waren einer der Auslöser dafür, dass die jüdischen Banden zu einer Machtdemonstration auf die Straßen gingen. Die Polizei ließ den Mob weitgehend randalieren, als die Jugendlichen Steine und Flaschen warfen und Palästinenser angriffen.

Keine Lust mehr auf Halbheiten

Der Anblick jüdischer Banden, die durch das Zentrum Jerusalems ziehen, um Palästinenser zu verletzen, wurde von einigen progressiven jüdischen Gruppen in den USA als „Pogrom“ bezeichnet. Dabei ist der Unterschied zwischen der extremen Rechten und dem israelischen Staat bei der Umsetzung seiner jeweiligen gewalttätigen Agenden nur ein scheinbarer.

Smotrich, Ben Gvir und diese Straßenbanden sind der Halbheiten, des Hinauszögerns und des moralischen Getues der israelischen Eliten überdrüssig, durch die die Bemühungen erschwert werden, „den Job zu erledigen“: die einheimische palästinensische Bevölkerung ein für alle Mal von ihrem Land zu vertreiben.

Während israelische Politiker der Linken und Rechten ihre hässlichen, rassistischen Aktionen mit dem Deckmantel umfassender „Sicherheitsmaßnahmen“ rechtfertigen, hat die extreme Rechte die Zustimmung der internationalen Gemeinschaft nicht nötig. Sie drängt darauf, die seit über sieben Jahrzehnten andauernde ethnische Säuberung endlich zum Abschluss zu bringen.

Und die Reihen der extremen Rechten werden wahrscheinlich noch weiter anschwellen, denn sie ziehen eine immer größere Zahl aus der neuen Generation der ultraorthodoxen Gesellschaft an, der am schnellsten wachsende Teil der jüdischen Bevölkerung Israels. Zum ersten Mal kehren nationalistische Jugendliche aus der *Haredi*-Gemeinde einer eher vorsichtigen Rabbiner-Führung den Rücken zu.

Und während die Gewalt in Jerusalem vorerst nachgelassen hat, ist das Schlimmste wohl noch nicht überstanden. Die letzten Tage des Ramadan fallen in diesem Jahr mit der berühmt-berüchtigten *Jerusalem-Day-Parade* zusammen, einem jährlichen Ritual, bei dem jüdische Ultranationalisten durch die belagerten palästinensischen Straßen der Altstadt marschieren, Drohungen gegen Palästinenser skandieren und jeden angreifen, der sich auch nur herauswagt.

Nur nicht hinschauen

Der ausführliche Bericht von *Human Rights Watch* kommt zu dem Schluss, dass die westlichen Staaten, es dadurch, dass sie die Augen vor Israels langjährigen Misshandlungen der Palästinenser schließen und sich stattdessen auf einen nicht existierenden Friedensprozess konzentrieren, zugelassen haben, „dass sich die Apartheid metastasenartig ausweitet und konsolidiert“.

Ihre Untersuchungsergebnisse stimmen mit denen von *B'Tselem*, Israels angesehenster Menschenrechtsorganisation, überein. Im Januar erklärte auch sie Israel zu einem Apartheid-Regime in den besetzten Gebieten und im Inneren Israels im Umgang mit den eigenen palästinensischen Staatsbürgern.

Trotz der Scheu US-amerikanischer und europäischer Politiker und Medien, in diesem Wortlaut über Israel zu sprechen, zeigt eine neue Umfrage von *B'Tselem*, dass jeder vierte jüdische Israeli dem Begriff „Apartheid“ als treffende Beschreibung von Israels Herrschaft über die Palästinenser zustimmt. Weit weniger klar ist, wie viele von ihnen Apartheid in Zusammenhang mit Israel für eine gute Sache halten.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist aufschlussreich. Auf die Frage nach dem jüngsten Gerede israelischer Staatsführer über die Annexion der Westbank lehnen zwei Drittel der jüdischen Israelis die Idee ab, dass Juden und Palästinenser unter diesen Umständen gleiche Rechte haben sollten. Der Mob in Jerusalem würde jetzt gerne die Apartheid in Israel verschärfen in der Hoffnung, den Vertreibungsprozess zu beschleunigen. Andere Israelis wollen es immer noch nicht wahrhaben. Sie tun lieber so, als sei die Apartheid noch nicht da, in der Hoffnung, ihr Gewissen noch etwas länger zu beruhigen.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.jonathan-cook.net/2021-05-04/jerusalem-protests-mob-establishment/>